

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

Abfahrt der deutschen Fliegeroffiziere aus Frankreich.

Nancy, 22. April. Der deutsche Militärdoppeldecker, der heute früh, wie gemeldet, bei Arracourt gelandet war, ist heute Nachmittag 5,25 Uhr wieder aufgestiegen. Der Unterpräfekt von Lunéville Lacombe, der Genbarmeriehauptmann und Vertreter der Behörden wohnten der Abfahrt bei. Der Aeroplane hat die Richtung nach Château-Salins eingeschlagen, um nach Metz zu gelangen. Nach in Metz eingetroffenen privaten Meldungen soll die Aufnahme der beiden deutschen Offiziere durchaus freundlich gewesen sein. Die deutsche Botschaft unternahm in der Angelegenheit unerbittlich die erforderlichen Schritte. Das Dorf Arracourt liegt etwa drei Kilometer von der deutschen Grenze.

Metz, 22. April. Die beiden in Frankreich gelandeten Flieger trafen um sieben Uhr bei der Meher Fliegerstation ein.

Die Auffassung der französischen Regierung: Höhere Gewalt.

Paris, 22. April. Zur Landung der beiden deutschen Luftschiff-offiziere bei Arracourt veröffentlicht die offizielle „Agence Havas“ folgende Note:

Heute früh 7,30 Uhr landete bei Arracourt, ungefähr fünf Kilometer von der Grenze entfernt, ein deutscher Doppeldecker. Das Flugzeug, Mobell Heller, hatte einen Motor von 70 Pferdekraften und war mit zwei Offizieren bemannt, von denen einer die Uniform eines Fliegerhauptmanns, der andere die Uniform eines Infanteriehauptmanns trug. Das Flugzeug überflog ungefähr sechs Kilometer französisches Gebiet. Die Offiziere erklärten, Morgens um 5 Uhr von Darmstadt mit der Bestimmung nach Metz abgefahren zu sein, hätten durch den bösen Nebel in der Umgebung von Dieuze die Richtung verloren und erst nach Befragen der Bewohner bei der Landung erkannt, daß sie sich auf französischem Gebiete befänden. Der Unterpräfekt von Lunéville prüfte die Angaben über die von dem Flugzeug zurückgelegte Strecke und verhörete die beiden Offiziere. Drei Fliegeroffiziere aus Toul, Epinal und Verdun und ein Fliegerhauptmann aus Nancy wurden von der Militärbehörde an Ort und Stelle geschickt. Die Zivil- und Militärbehörden erkennen übereinstimmend als Grund der Landung höhere Gewalt an. Nach den gegenwärtig vorliegenden Ergebnissen der Untersuchung dürfte der Doppeldecker imstande sein, am Nachmittag den Flug fortzusetzen. Instruktionen sind an unseren Botschafter in Berlin geschickt, die ihn auffordern, die ganze Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung auf die wiederholten Landungen von deutschen Ballons und Aviatikern in Frankreich nahe der Grenze hinzuwirken und auf die ersten Unzuträglichkeiten, die aus den bedauerlichen Zwischenfällen entstehen könnten. Cambon ist beauftragt, die deutsche Reichskanzlei zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um Wiederholungen derartiger Ereignisse zu vermeiden. Uebrigens sind Besprechungen eingeleitet zwischen beiden Regierungen, so schnell wie möglich zu einem Uebereinkommen zu gelangen zur Festsetzung von Regeln, die bei Schwierigkeiten anzunehmen sind, die zwischen den Regierungen infolge der Luftschiffahrt entstehen könnten.

Verfuche zur Regelung der Luftschiffahrt.

Berlin, 22. April. Wie die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hört, sind wegen der verschiedenen Fälle von Landungen deutscher Luftschiffe jenseits der Grenze bereits von der deutschen Regierung Maßregeln eingeleitet worden, um solche Vorkommnisse künftig zu verhüten. Mit der französischen Regierung sind Besprechungen im Gange, die die Schaffung eines Abkommens zur Regelung der Luftschiffahrt bezwecken.

Ein kalter Wasserstrahl gegen die Ueberpatrioten.

Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Wir finden in einem deutschen Blatt, der „Post“, anlässlich der Nancyer Vorgänge beschimpfende Ausfälle gegen das französische Volk im ganzen. Derartige Nachwerke verstoßen gegen den echten Patriotismus und die wahre deutsche Gesinnung und liefern dem Auslande, zu Unrecht verallgemeinert, einen Vorwand, eigene chauvinistische Treibereien mit den deutschen Maßlosigkeiten gleicher Art zu entschuldigen. Im Interesse des Ansehens und der Würde des deutschen Namens, den sie kompromittieren, muß eine derartige Sprache als eines hochstehenden Volkes unwürdig und energisch zurückgewiesen werden.

r. Freiburg im Breisgau, 22. April. Der hiesige Turnerbund hat auf dringendes Anraten deutscher Reichsangehöriger in Frankreich die geplante Pfingstturnfahrt nach den Schlachtfeldern bei Velfort mit Rücksicht auf die Erregung an der französischen Ostgrenze aufgegeben.

„Politische Schmiergelder.“ Eine merkwürdige Wohltätigkeit.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)
So. Berlin, 22. April.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Hecker gab heute zunächst im Reichstag ein Vertreter des Auswärtigen Amtes Auskunft über die Ermordung eines deutschen Reichsangehörigen in Santa Cruz. Nach dem Ruhetag ging dann die Militärdebatte gleich wieder mit einer kleinen Sensation weiter. Der völksparteiliche Abg. Dr. Müller-

Meiningen brachte einen Erlaß der Selbstzeugmeisterei in Spandau zur Kenntnis des Hauses, worin diese militärische Behörde bei dem Kriegsmilitär eine Unterstützung für den dortigen Ortsverein des Bundes der Handwerker beantragt, mit der Begründung, daß der genannte Ortsverein sich politisch gut gehalten habe. Das ganze Dokument kann man natürlich, wenn es nachher Generalleutnant Wandel auch nicht wahr haben wollte, nicht anders bezeichnen als „politisches Schmiergeldverweihen“. Mit Recht fragte der freisinnige Redner, woher diese Gelder stammten, und mit Recht wies er gegenüber dem Einwand, daß die Summe aus dem Wohltätigkeitsfonds genommen würde, darauf hin, daß das eine merkwürdige Art von Wohltätigkeit sei. Müller-Meiningen, dem sich mit ganz ähnlichen Ausführungen der nationalliberale Abg. Fickler angeschlossen, hatte den Bund der Handwerker eine konservative Gründung genannt. Herr v. Gräfe von der Rechten erklärte das für unklar. Höchstens 80 Prozent der Mitglieder seien konservativ.

Die weitere Debatte brachte die üblichen Klagen über die Verhältnisse in den Militärwerkstätten, über die Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse und so weiter. Da Herr Pauli-Boisdam diesmal fehlte, so schlug auch Herr Zubeil. Aber das trug nicht sehr viel zur Verkürzung der Debatte bei. Besonders eingehend und liebevoll vertrat der völksparteiliche Abg. Weinhäuser die Wünsche der Militärämter, Waffenmeister und so weiter, um dann die Lage der Dinge in den technischen Betrieben zu schildern. In ähnlicher Weise brachten die Zentrumsabgeordneten Schwarze-Lippstadt und Schirmer, sowie der Sozialdemokrat Böhle Einzelwünsche vor. Zum Schluß führte die Debatte noch einmal zu dem Ausgangspunkte, zu den „Sonderunterstützungen für nationale Arbeitervereine“ zurück, ohne daß die Angelegenheit wirklich klar und befriedigend zu Ende geführt worden wäre.

Sitzungsbericht vom Reichstag.

Am Bundesratsstisch: Kriegsminister v. Heeringen, die Staatssekretäre Kühn und Solf. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 8 Minuten.

Kleine Anfrage.

Auf eine Anfrage des Abg. Hecker (Nortfchr. Vpt.) betreffend die Ermordung des Deutschen Arz in Santa Cruz erwidert Abgeordneter Lentze: Das Auswärtige Amt wies die Gesandtschaft nachdrücklich an, auf die Durchführung des Strafverfahrens bei der mexicanischen Regierung hinzuwirken und Entschuldigungsanträge zurückzuweisen. Nach einem Telegramm vom 21. April ist Untersuchung von dem zuständigen Richter eingeleitet worden. Der Name des schuldigen Täters ist ermittelt. Darauf wird der

Militäretat

bei den technischen Instituten weiterberaten.

Abg. Müller-Meiningen (Nortfchr. Vpt.): Wir protestieren dagegen, daß politisch einseitigen Vereinen, wie dem Spandauer Handwerkerbund, Zuschüsse gewährt werden, die Schmiergelder zu politischen Zwecken darstellen.

Generalleutnant Wandel: Das Schmiergelde als Zuschüsse in politischer Beziehung gemacht werden, ist unrichtig. Wir unterstützen die Vereine, soweit sie auf nationalem Boden stehen. Wir können mit vollkommen offenen Karten spielen. Das Geld wurde aus unseren Fonds zu Wohltätigkeitszwecken gegeben.

Abg. Fickler (natl.): Es ist verfehlt, solche Remunerationen oder Unterstützungen zu bewilligen. Die Probezeit für die Arbeiter und Handwerker in Militärbetrieben ist zu lang. Die Arbeiterschlüsse werden so gut wie nie einberufen. Auch das Krankenkassenwesen liegt sehr im Argen.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Ztr.): Mit den Arbeiterschlüssen ist man in technischen Instituten absolut unzufrieden.

Generalleutnant Wandel: Bei den Technikern wie bei den Waffenerweiterern sind die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse gebessert. Eine ganze Anzahl Handwerker sind in der höchsten Lohnklasse. Bezüglich der Bezahlung der Wochenfeiertage schweben Verhandlungen. Eine Ausdehnung des Urlaubs wird erfolgen. Die Arbeiterschlüsse entwickeln eine erhebliche Tätigkeit und werden stets gehört.

Abg. Gräfe (konf.): Ich bedaure die scharfen Zeitungsangriffe gegen den Kriegsminister. Sollten militärische Treue darüber stehen, so mögen sie den Mut haben, mit ihrem Namen dafür einzutreten. Die Wünsche des Handwerkerbundes sind durchaus begründet. Der Bund umfaßt 80 Prozent aller dort beschäftigten Handwerker, die nicht alle konservativ sind. Liberale und Sozialdemokraten haben in ihren Betrieben keine Andersdenkenden. Der Kriegsminister mag weiter bestrebt sein, in seinen Betrieben Leute zu haben, die auf reichstem und nationalem Boden stehen.

Generalleutnant Wandel: Ob Handwerkerzuschüsse nach Art der Arbeiterschlüsse einzurichten sind, ist zu erwägen. Die Frage der etatsmäßigen Anstellung der Meistergehilfen ist noch zu erwägen und auch noch ungewiß, ob sie unter die Angestelltenversicherung fallen.

Abg. Weinhäuser (Nortfchr. Vpt.): Die Geschäftsführer des Handwerkerbundes sind gleichzeitig Geschäftsführer des konservativen Vereins. Bei einer solchen Personalunion kann man sehr wohl von einem konservativen Bund sprechen. Redner bringt eine große Anzahl Beamtenswünsche vor.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vag.): Gegen die Zahlung von Schmiergeldern an Organisationen sind auch wir prinzipiell. In den von Dr. Müller-Meiningen erwähnten Fällen war die Behauptung, daß Schmiergelder gezahlt worden seien, völlig verfehlt. Die freisinnige Resolution bedeutet einen Eingriff in das Koalitionsrecht. Wir lehnen sie daher ab. (Inzwischen ist der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. Hertling am Bundesratsstisch erschienen.)

Generalleutnant Wandel: Der Vorwurf, als ob die Forderung der technischen Hilfsarbeiter trotz mehrfacher Zulage unberücksichtigt worden sei, trifft nicht zu. Dem Gedanken der Pensionisten für die Arbeiter stehen wir sympathisch gegenüber.

Abg. Böhle (Soz.): Die Feuerwerksfabrikanten beklagen sich über gesellschaftliche wie auch dienstliche Zurücksetzung seitens der anderen Offiziere. Daß die Militärverwaltung gewisse politische Vereine subventioniert, bestreitet, uns nicht. Die Militärverwaltung setzt sich dadurch über das Budgetrecht des Reichstages hinweg, zumal auch der Rechnungshof an dieser Verwendung des Fonds keinen Anstoß genommen hat.

Abg. Schirmer (Ztr.): Die Rechte der Arbeiterschlüsse müssen gewährleistet und die Gehälter für jede Kategorie vermindert werden.

Abg. Müller-Meiningen (Nortfchr. Völksp.): Meine Festigkeit, mit der ich gegen die Unterstützung des Handwerkerbundes Stellung genommen habe, war berechtigt. Denn in der Budgetkommission hat Generalleutnant Wandel gesagt, jeder nationale Verein, der nicht beabsichtigt, Opposition zu treiben, erhalte eine solche Zulage. Das ist etwas ganz anderes. Ich möchte

davor warnen, auch diese Bewegung des politischen Moments in die an sich gesunde Jugendbewegung hineinzufragen.

Generalleutnant Wandel: Wir lassen alle Organisationen zu, wenn sie sich nicht friedensstörend betätigen. Wir haben hinsichtlich der Unterstützung dieser Vereine seit Jahren mit dem Rechnungshof verhandelt und dieser hat gegen die Verwendung dieser Mittel nichts einzuwenden gehabt. (Bravo rechts.)

Abg. Büchner (Soz.): Was geschieht mit den Strafgebern? Generalleutnant Wandel: Die Strafgebern fliehen in die Unterstützungskasse. Bei Gewährung von Unterstützungen aus der Strafgebernliste wirken die Arbeiterschlüsse mit.

Abg. Hegenhardt (Nortfchr. Vpt.): Die Lohnverhältnisse müssen den gegenwärtigen Feuerwerksverhältnissen angepaßt werden.

Das Kapitel wird bewilligt. Auf Antrag Spahn (Ztr.) wird zunächst die erste Lesung des Ergänzungsetats für die Schutzgebiete vorgenommen. Dieser Etat wird ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen.

Darauf wird die Weiterberatung des Militäretats auf Mittwoch 2 Uhr vertagt. Schluß 1/8 Uhr.

Reichstagsersatzwahl in Schädler's Wahlkreis.

Samstag, 22. April. Bei der Reichstagsersatzwahl für den Prälaten Schädler wurde Domprediger Leicht (Ztr.) mit überlegener Mehrheit gewählt.

Aus den Kommissionen.

Die zwölfte Kommission des Reichstages (Konkurrenzhauses) nahm eine Resolution Trimbom-Baldstein an, die eine Gesetzesvorlage fordert, wodurch das Gebiet des Weiberechtsverbot für die besagten Angestellten und Arbeiter geregelt wird, auf die das vorliegende Gesetz keine Anwendung findet.

r. Wie die „Lib. Korr.“ von parlamentarischer Seite hört, wird die Behravorlage voraussichtlich noch in dieser Woche, frühestens Donnerstag oder Freitag, in der Budgetkommission des Reichstages zur Verhandlung kommen. Selbstverständlich werden sich die Beratungen hierüber eine sehr geraume Zeit hinziehen.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat die begonnene Prüfung der Wahl des Abg. Red (konf.) Allenstein III (Lud.-Diehl-Johannsburg) auch am Dienstag noch nicht zu Ende geführt. Die Wahlprüfungskommission erklärte die Wahlen der Abgeordneten von Bonin (konf.) Reustettin und Sosinski (Polen)-Jabrze-Kattowitz für gültig. Zu der Wahl des Grafen von Oppersdorff (b. l. Kr.)-Fraustadt-Lissa wurde erneut Beisehrhebung beschlossen. Die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Haupt-Verichow wurde noch nicht zu Ende geführt. Vermutlich wird der Beschluß auf Ungültigkeit lauten.

Ostmarkenfragen im Abgeordnetenhaus.

(Originaltelegramm der „Hartung'schen Zeitung“.)
So. Berlin, 22. April.

Den Anlaß zu der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhaus bildete die namentliche Abstimmung über die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn. Mit 192 gegen 143 Stimmen fand der Beschluß der Kommission Annahme. Den Zentrumsantrag, der auch die Stadt Berlin zu den Kosten heranziehen wollte, lehnte die gleiche Mehrheit ab. Gleich darauf wurde das Gesetz im ganzen in dritter Lesung ohne Debatte in einfacher Abstimmung verabschiedet. Nun wird die Vorlage des Herrenhaus beschäftigt. Den Rest der Sitzung füllte die Debatte über die Ostmarkenpolitik aus. Es handelte sich um die zweite Lesung des Entwurfes über die Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in Westpreußen und Posen, für die die Vorlage 175 Millionen Mark anfordert. Die Kommission hat auch eine Resolution beantragt, die eine ideelle Unterstützung des Deutschtums in den national gefährdeten Landesteilen verlangt, während ein Antrag der fortschrittlichen Volkspartei die von dem Entwurf angeforderte Summe für die ganze Monarchie ausgesetzt wissen will. In der Stellung der Parteien zu der Ostmarkenfrage hat sich nichts geändert. So wurde denn auch wenig Neues vorgebracht. Konservative, Nationalliberale und Freikonserervative traten für die Vorlage ein. Insbesondere der Abgeordnete v. Kardorff verstand es, sich recht in den Vordergrund zu stellen, in einer langen, temperamentvollen Rede, in der er behauptete, daß die Hauptquelle für die polnische Bewegung in den Provinzialministerien zu Posen und Gnesen zu suchen sei. Zentrum, Sozialdemokraten und Polen lebten den Entwurf ab. Der völksparteiliche Abgeordnete Fickler gab eine ausführliche Begründung der gesamten Anträge seiner Partei, die bezweckten, dieses Gesetz seines Ausnahmeharakters zu entkleiden. Er wies noch einmal nachdrücklich darauf hin, daß die bisherige Polenpolitik der Regierung ein klägliches Fiasko gemacht habe. Vom Regierungstisch gab man sich alle Mühe, den Entwurf zu retten. Herr Dr. Lentze sowohl, als auch Herr von Schorlemer-Lieser plädierten für die Annahme der Vorlage und fanden bei der Mehrheit des Hauses Gehör. Nach einer endlosen, jedoch zum Teil nicht ungeschickten Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Bohrardt wurde der Entwurf in einfacher Abstimmung mit einer aus Konservativen, Nationalliberalen und Freikonserватiven bestehenden Mehrheit angenommen.

Die Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Präsident Graf Schwerin-Löwig eröffnet die Sitzung um 11,15 Uhr. Die Vorlage betr. die Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn, Ring- und Vorortbahnen wird, wie bereits gemeldet, angenommen. Es folgt die in ihrem ersten Teil gleichfalls bereits ausführlicher wiedergegebene zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen.

Abg. v. Kardorff (Freikonf.): Die polnischen Abgeordneten hier im Hause griffen die preussische Aniedelungspolitik auf das heftigste an. Sie sprachen von Heimtümern, Helfern, Schandmal des preussischen Staates. Aber diese Angriffe können noch als maßvoll und höflich gelten gegenüber den unerhörten der Wahrheit widersprechenden Angriffen der polnischen Presse in den letzten Wochen. So ist in einer polnischen